

# NIEDERSCHRIFT JFSKA/007/2007

über die Sitzung **des Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschusses der Stadt Billerbeck** am 27.02.2007 im **Kultursaal der Alten Landwirtschaftsschule**.

Vorsitzende:

Frau Gabriele Mönning

Ausschussmitglieder:

Herr Jochen Dübbelde

Vertretung für Herrn Florian Heuermann

Herr Bernhard Kortmann  
Herr Franz-Josef Schulze Thier  
Herr Werner Wiesmann

Vertretung für Frau Birgit Schulze Wierling

Herr Martin Pfeiffer

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Frau Stephanie Weitkamp-Neuhaus  
Herr Karl-Heinz Handwerk  
Herr Thomas Walbaum

Sachkundige Bürgerin gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW:

Frau Nicola Ebel

Vortragende Gäste:

Herr Innig  
Frau Maeßen

zu TOP 1 ö. S.  
zu TOP 2 ö. S.

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks  
Frau Aertken  
Frau Bußmann  
Herr Alfons Krause  
Herr Peter Melzner  
Herr Hubertus Messing  
Herr Martin Struffert  
Frau Birgit Freickmann

zu TOP 3. ö. S.  
zu TOP 3 ö. S.

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:15 Uhr

## TAGESORDNUNG

### I. Öffentliche Sitzung

#### 1. Zweckverband Musikschule Billerbeck - Coesfeld - Rosendahl

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt die Ausschussvorsitzende Herrn Innig vom Zweckverband Musikschule Billerbeck – Coesfeld – Rosendahl.

Herr Innig erläutert die Struktur des Zweckverbandes Musikschule und geht dabei besonders auf die Billerbeck betreffenden Daten ein.

Zurzeit unterrichte die Musikschule 1.429 Schüler/innen. Von diesen Schüler/innen würden rd. 200 in Billerbeck, 800 in Coesfeld und 200 in Rosendahl unterrichtet. Die restlichen 250 Schüler/innen würden zusätzlich in Ergänzungsfächern unterrichtet, seien sozusagen doppelt da.

Der Unterricht werde derzeit von 40 Kollegen/innen mit rd. 500 Unterrichtsstunden/Woche erteilt (in Billerbeck ca. 70 Stunden, in Rosendahl ca. 70 Stunden und in Coesfeld ca. 350 Stunden).

Der Gesamtetat des Zweckverbandes betrage ca. 950.000,-- €, davon würden rd. 550.000,-- € = 54% von den Eltern aufgebracht. Der Landesdurchschnitt der Elternbeiträge liege in NRW bei 41% und im Bundesdurchschnitt bei 45%. In diesem Jahr würden von der Stadt Billerbeck rd. 44.000,-- €, von der Stadt Coesfeld 307.000,-- € und von Rosendahl rd. 40.000,-- € an Umlagen gezahlt.

Unter Bezugnahme auf einen Presseartikel legt Herr Innig Wert auf die Feststellung, dass der Unterricht der Schüler aus Billerbeck in Billerbeck stattfindet, wobei es einige wenige Ausnahmen gebe. Auch würden die von Billerbeck aufgebrachten Mittel ausschließlich auf den Unterricht in Billerbeck verteilt.

Herr Innig stellt weiter heraus, dass der Zweckverband Musikschule sich sowohl der Breitenförderung als auch der Begabtenförderung widme. Die Basis des Musikschulunterrichtes finde in der Grundstufe, die die Früherziehung und die Grundausbildung beinhalte, statt. Darüber hinaus werde Unterricht in Instrumentalfächern und Ensembles

oder Ergänzungsfächern erteilt. Diesbezüglich unterscheide sich der Zweckverband Musikschule auch von anderen Institutionen, die nur Unterricht in der Grundstufe anböten. Gerade der weitergehende Unterricht motiviere die Schüler/innen Musik zu machen und dran zu bleiben.

Im letzten Jahr sei ein neues Struktur- und Personalkonzept beschlossen worden. Dabei gehe es nicht nur um Einsparungen; Zielvorgabe sei die Umlage von 500.000,-- auf 350.000,-- in 2008 zu senken, sondern auch um die Entwicklung von Alternativen. Zurzeit befinde sich der Zweckverband mitten in einem „Umbauprozess“, der sowohl die Honorarverträge als auch das Projektangebot betreffe.

Die Erteilung des Unterrichtes durch Honorarkräfte sei so konzipiert, dass er kostendeckend ist. Zurzeit werde 15% des Unterrichtes durch Honorarkräfte abgedeckt, Zielvorgabe bis 2008 seien 20%. Darüber hinaus sollen zeitlich befristete, kostendeckende Projekte eingeführt werden.

Auch hierdurch würden die Unterrichtsangebote kostengünstiger als bisher bzw. kostendeckend.

Herr Innig kommt dann auf die in der Sitzungsvorlage aufgeführten Schüler- und Unterrichtszahlen zurück und erläutert diese. In Billerbeck würden zurzeit nur 47 Schüler/innen in der Grundstufe ausgebildet, weil sich seit einem Jahr eine Kollegin in der Elternzeit befinde. Den Instrumentalunterricht besuchten rd. 100 Schüler/innen. In Billerbeck sei anders als in Rosendahl die Verteilung der Schüler/innen auf die einzelnen Fächer sehr vielschichtig und differenziert.

Auf die Raumsituation in Billerbeck eingehend stellt Herr Innig heraus, dass die Nutzung des Kulturzentrums Alte Landwirtschaftsschule für die Musikschule ideal sei. Hiermit könne sich die Musikschule identifizieren, wenngleich Einschränkungen durch die Nutzung des Kindergartens und eine tlw. Verlagerung des Unterrichtes in die Realschule hingenommen werden mussten. Nun sei geplant, den Unterricht wieder zurück zu verlagern. Künftig werde auch der Saal des Kulturzentrums verstärkt für Veranstaltungen des Zweckverbandes Musikschule genutzt. Aus diesem Grund werde dort ein Klavier des Zweckverbandes aufgestellt. Darüber hinaus sei geplant, nach den Osterferien ein temporäres Büro für Herrn Holtkamp von der Verwaltung in Billerbeck einzurichten.

Des Weiteren werde der Zweckverband künftig mehr Präsenz in Billerbeck zeigen und bei wichtigen Veranstaltungen in der Stadt Billerbeck mitwirken.

Herr Handwerk bittet Herrn Innig, zu einer evtl. Kooperation des Zweckverbandes mit der neu gegründeten Musikschule Billerbeck e. V. Stellung zu beziehen. Dabei weist er darauf hin, dass Herr Innig in dem oben angeführten Presseartikel bereits geäußert habe, dass er nur geringe Kooperationsmöglichkeiten sehe. Außerdem fragt er nach, ob der scheinbar vorhandene Bedarf in Billerbeck im Bereich der musikalischen Früherziehung, der durch den zeitlich befristeten Ausfall einer Lehrkraft verursacht worden sei, nicht auch durch den Zweckverband abgedeckt werden könne.

Durch den Ausfall einer Kollegin sei im letzten Jahr eine unglückliche Situation entstanden, die dazu geführt habe, dass der Unterricht nicht wie gewünscht erteilt werden konnte, so Herr Innig. Es sei aber nicht so, dass bewusst etwas vernachlässigt worden sei, in Zukunft werde dieser Unterricht wieder erteilt. Er bitte aber auch zu bedenken, dass der Zweckverband Musikschule eine Angebotsschule sei.

Frau Dirks ergänzt, dass Herr Innig ein Instrumentarium an die Hand bekommen habe, mit dem er flexibler reagieren könne als bisher. Es sei aber schwierig, mit vorhandenen Ressourcen auf unterschiedliche Anforderungen zu reagieren.

Herr Schulze Thier wirft im Hinblick auf die Stundenverteilung die Frage auf, ob nicht eher der Gedanke gekommen sei, dass eine starke Nachfrage für den Bereich der Grunderziehung entstehen würde.

Herr Innig verweist auf die Relationen und erläutert, dass beispielsweise mit 10 Unterrichtsstunden in der Grundstufe 100 Schüler, mit 10 Unterrichtsstunden im Instrumentalbereich aber nur 10 Schüler erreicht würden.

Herr Walbaum erkundigt sich, ob es außerhalb der Grundstufen auch Wartelisten gebe und wenn ja, wie damit umgegangen werde. Wartelisten für die übrigen Fächer gebe es, so Herr Innig. Heute habe er eine Geigenlehrerin auf Honorarbasis eingestellt, so dass in diesem Bereich künftig Bedarfs orientiert gearbeitet werden könne. Im Übrigen habe er bereits auf die jetzige Baustellensituation hingewiesen, Die Zukunft sehe anders aus. Ihm sei klar, dass in der Vergangenheit in Billerbeck Fehler gemacht worden seien.

Frau Mönning erinnert daran, dass an der ehemaligen Landwirtschaftsschule ein Hinweisschild auf die Musikschule aufgestellt werden sollte. Frau Dirks teilt mit, dass dieses Schild in Arbeit sei.

Herr Handwerk befragt Herrn Innig, ob der von Honorarkräften kostendeckend erteilte Unterricht durch Beiträge der Eltern finanziert werde. Herr Innig erläutert, dass kostendeckend in dem Fall bedeute, dass die Kosten für den Unterricht, die Verwaltung usw. durch das Schulgeld der Eltern gedeckt werden.

Ihm sei daran gelegen, dass möglichst vielen Kindern in Billerbeck eine musikalische Früherziehung ermöglicht werde, so Herr Schulze Thier. Er befragt Herrn Innig, ob er sich eine kooperative Zusammenarbeit mit der Musikschule Billerbeck e. V. vorstellen könne und ob Schüler/innen, die Grundkenntnisse in der Musikschule Billerbeck erworben haben zum Zweckverband wechseln könnten und dort weiter gefördert werden.

Herr Innig kann sich vorstellen, dass es die Möglichkeit einer Zusammenarbeit gibt. Es sei aber noch zu früh, um hierüber nachzudenken. Zunächst müssten Details geregelt werden, u. a. müsse geprüft werden, ob die Gebührenordnung kompatibel gemacht werden könne, eine Sozialermäßigung möglich sei usw.

Frau Ebel führt an, dass sich die unbefriedigende Situation in Billerbeck durch das Fehlen der Lehrkraft für die musikalische Früherziehung ergeben habe und fragt nach, welche Maßnahmen geplant seien, um dieses zu ändern.

Herr Innig legt dar, dass eine Lehrkraft im Sommer aus der Elternzeit zurückkomme und dann wieder 30 – 40 Schüler/innen aufgenommen werden können. Im Übrigen habe er es sehr bedauert, dass es kein Stellenangebot für die Früherziehung gegeben habe. Er werde sich die größte Mühe geben, dieses verloren gegangene Vertrauen zurück zu gewinnen.

Frau Mönning fasst schließlich zusammen, dass der Zweckverband Musikschule eine Zukunftsperspektive erstellt habe, die auch die musikalische Früherziehung beinhalte. Da die in Billerbeck neu gegründete Musikschule e. V. bisher noch keine sichtbare Struktur aufweise, sehe Herr Innig zurzeit keine Veranlassung, eine Kooperation zu beginnen, schließe diese aber für die Zukunft nicht aus.

## 2. Seniorenratgeber für die Stadt Billerbeck

Die Ausschussvorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Maeßen von der Altenbegegnung Billerbeck. Frau Maeßen erläutert detailliert, wie ein Seniorenratgeber aussehen könnte.

Sowohl Herr Wiesmann als auch Herrn Pfeiffer befürworten die Initiative der Altenbegegnung und sprechen sich für eine Unterstützung des Projektes aus.

Herr Wiesmann schlägt vor, das von der Verwaltung unter Punkt 2. vorgeschlagene Finanzierungsmodell zu wählen.

Frau Mönning hält ebenfalls die unter Punkt 2. beschriebene Finanzierung für besser, weil man hiermit die Gestaltung in der Hand behalte und mehr Einfluss habe.

Frau Ebel spricht sich ebenfalls für diese Alternative der Finanzierung aus, gibt aber zu bedenken, dass das Teuerste das Sammeln und die Pflege der Daten sei. Deshalb sollte darüber nachgedacht werden, ob die Broschüre in einer hohen Auflage oder doch besser öfter eine neue erstellt werden sollte.

Herr Messing gibt zu bedenken, dass zunächst eine Grundversorgung aller Billerbecker Haushalte mit der Broschüre sichergestellt werden sollte. Außerdem sollte eine Gültigkeitsdauer von 3 Jahren anvisiert werden. Er wolle ungern mit den Sponsoren über eine kürzere Zeit verhandeln. Hinzu komme noch, dass die finanzielle Differenz bei einer höheren Auflage nicht so groß sei.

Frau Maeßen macht abschließend deutlich, dass sie für Anregungen dankbar sei.

Der Ausschuss fasst folgenden

### **Beschluss:**

Die Altenbegegnung Billerbeck wird in ihrem Vorhaben unterstützt, einen Seniorenratgeber für die Stadt Billerbeck zu erstellen. Die Finanzierung der Broschüre soll wie in der Variante 2. beschrieben, erfolgen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

Aufgrund technischer Probleme wird der Tagesordnungspunkt 5. „Einrichtung einer Kinder- und Jugendkonferenz“ vorgezogen.

## 5. Einrichtung einer Kinder- und Jugendkonferenz

Herr Handwerk erinnert daran, dass seitens der SPD-Fraktion bereits vor einiger Zeit die Einrichtung eines solchen Gremiums, allerdings unter dem Namen „Jugendparlament“ angeregt worden sei. Insofern könne er den Vorschlag der Verwaltung nur unterstützen, gebe aber zu bedenken, dass man nicht darauf warten sollte, dass von den Kindern und Jugendlichen Vorschläge und Anregungen vorgebracht werden; vielmehr müsse man auf diese zugehen,

Frau Mönning vertritt die Auffassung, dass der Rahmen und die Form einer solchen Einrichtung zunächst geklärt werden müssen. U. a. müsse festgelegt werden, ob in der Konferenz lediglich Wünsche vorgetragen werden können oder ob das Gremium auch mit einem Mitbestimmungsrecht und finanziellen Mitteln ausgestattet werden solle.

Frau Dirks hält den o. a. Ausführungen des Herrn Handwerk entgegen, dass es deshalb nicht Jugendparlament heiße, weil ein solches gewählt werden müsste. Im Übrigen habe er völlig Recht, dass man auf die Kinder und Jugendlichen zugehen müsse. Wichtig sei es, dass die Kinder und Jugendlichen ihre Anregungen vorbringen dürften, dann müsse man abwarten, was sich daraus entwickle. Eine Kinder- und Jugendkonferenz müsse fachkundig vorbereitet werden.

Herr Walbaum ist ebenfalls der Meinung, dass eine solche Einrichtung professionell begleitet werden müsse, es reiche nicht aus, nur eine Abfrage zu machen. Es müsse jemand da sein, der die Möglichkeiten aufzeigt und in diesem Rahmen sollten die Kinder und Jugendlichen dann die Vorschläge in Eigenverantwortung umsetzen können.

Eine gute Vorbereitung sei erforderlich, damit hinterher auch etwas Positives dabei herauskomme, so Frau Ebel.

Auch Herr Kortmann spricht sich dafür aus, die Einrichtung eines solchen Gremiums positiv zu unterstützen und zu begleiten.

Herr Dübbelde schlägt vor, zunächst Erfahrungen aus anderen Gemeinden, die ein solches Gremium bereits eingeführt haben, zusammen zu tragen.

Frau Mönning stellt noch einmal heraus, dass zunächst klar sein müsse, welchen Rahmen eine Kinder- und Jugendkonferenz haben sollte, welche Jugendlichen angesprochen werden sollen, ob eine Konferenz oder ein Jugendparlament eingerichtet werden solle usw.

Frau Dirks macht deutlich, dass eine Kinder- und Jugendkonferenz die unterste Stufe von Kinder- und Jugendpartizipation darstelle. Eine solche Einrichtung müsse in Zusammenarbeit mit den Schulen gründlich vorbereitet werden. Die Konferenz müsse eine Moderatorin bzw. einen Moderator haben. Im Voraus sollten nicht so viele Vorgaben gemacht werden. Wenn die Kinder und Jugendlichen ein Projekt vorschlägen, müsse hier entschieden werden, ob das mitgetragen und umgesetzt werden könne.

Im Übrigen wäre es wünschenswert, wenn auch Politiker an der Konferenz teilnähmen.

Zunächst müsse geklärt werden, was mit dem zur Verfügung stehenden Personal und finanziell und organisatorisch überhaupt geleistet werden könne, so Frau Mönning.

Herr Dübbelde führt an, dass verwaltungsseitig die Erarbeitung eines Konzeptes vorgeschlagen werde. Dieses müsse vorliegen, um entscheiden zu können.

Dem schließt sich Herr Handwerk an.

Schließlich fasst der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Durchführung einer Kinder- und Jugendkonferenz zu erarbeiten.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**3. Bericht über die Arbeit des städt. Jugendzentrums**

Die Mitarbeiterinnen des Jugendzentrums, Frau Aertken und Frau Bußmann, berichten über ihre Arbeit im städt. Jugendzentrum und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder. Der Bericht ist als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügt.

Der Bericht wird von allen Ausschussmitgliedern positiv zur Kenntnis genommen.

Abschließend weist Frau Mönning darauf hin, dass seit langem klar sei, dass die Räumlichkeiten des städt. Jugendzentrums abgängig seien. Die Entscheidungsträger müssten sich mit dieser Problematik beschäftigen. Sie hoffe, dass die heutige positive Stimmung sich dann niederschlage und man sich für neue Räumlichkeiten entscheide.

**4. Bericht zum Kindergartenplatzbedarf für das Kindergartenjahr 2007/2008**

Herr Melzner berichtet über die Kindergartenplatzsituation für das Kindergartenjahr 2007/2008 (Anlage 2 zu dieser Niederschrift). Ebenso stellt er vor, wie sich der Platzbedarf in den nächsten Jahren entwickeln könnte (Anlage 3 zu dieser Niederschrift).

Herr Handwerk erkundigt sich, ob Gruppenschließungen zu befürchten seien oder ob davon ausgegangen werden könne, dass freie Kapazitäten für die Betreuung unter Dreijährigerer genutzt werden können.

Herr Melzner entgegnet, dass diese Entscheidung dem Kreisjugendamt obliege und nicht zuletzt von der Finanzierung abhängige. Nach der Budgetvereinbarung könnten ab 2008/2009 10 – 12 Kinder unter drei Jahren in den bestehenden 17 Gruppen aufgenommen werden. Es fehlten aber noch Planbestimmungen hinsichtlich der Finanzierung.

Auf Nachfrage von Frau Ebel zum Betreuungsbedarf unter dreijähriger Kinder führt Frau Dirks aus, dass die Erfahrungen gezeigt hätten, dass immer mehr Eltern einen Kindergartenplatz ab dem Tag in Anspruch nehmen, an dem ihr Kind 3 Jahre alt wird und nicht mehr bis zum nächsten Kindergartenjahr warten, wie früher. Sie gehe davon aus, dass der Bedarf weiter steigen wird.

Der Bericht zur Kindergartenplatzsituation wird zur Kenntnis genommen.

## **6. Mitteilungen**

### **6.1. Behinderten-WC - Herr Struffert**

Herr Struffert teilt mit, dass seit gestern das Behinderten-WC im Rathaus mittels eines Euro-Schlüssels 24 Stunden genutzt werden könne. Der Euro-Schlüssel könne beim Club Behinderter und ihrer Freunde (CBF) oder im Fachbereich Soziales erworben werden.

## **7. Anfragen**

Keine

Gabi Mönning  
Ausschussvorsitzende

Birgit Freickmann  
Schriftführerin